



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Abgeordnete Heidemarie Mundlos (CDU)

Braunschweig, den 20. Februar 2015

Presseinformation

Mundlos-Anfrage zu Eckert&Ziegler: Landesregierung bestätigt, dass durch bauliche Maßnahmen eine Optimierung des Schutzes der Bevölkerung erreicht werden kann

„Jenseits ideologischer Verhärtungen, die vor allem im Bezirksrat Wenden-Thune-Harxbüttel seitens der Vertreter von BIBS, Grünen und SPD zu Tage traten, scheinen die Stadt Braunschweig und die Landesregierung im Fall Eckert&Ziegler nun einen Kurs der Sachlichkeit und Vernunft einzuschlagen. Enttäuschend ist aber der lange Zeithorizont der Landesregierung, der mehr zur Verzögerung als zu einer Lösung im Sinne der Betroffenen beitragen dürfte.“ So kommentierte die CDU-Landtagsabgeordnete Heidemarie Mundlos die auf ihre Mündliche Anfrage heute ergangene Antwort der Landesregierung.

Die Abgeordnete wollte wissen, inwiefern die Landesregierung ihren Einfluss auf die Stadt Braunschweig geltend machen wird, im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Firmen am Standort Thune rasche Verbesserungen zu erreichen und - womöglich jahrelange - rechtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Erfreulich sei aus ihrer Sicht, dass offenbar nun Gespräche zwischen dem Umweltministerium und Firmen mit genau diesem Ziel eingeleitet worden sind, wie es in der Antwort bestätigt wurde, sagte die Abgeordnete. Schwer enttäuscht sei sie hingegen von der vom Ministerium geschätzten Dauer der Klärungen und Prüfungen, die bis Ende 2015 dauern sollen. „Das ist verzögern statt lösen“, kommentierte Mundlos diese Planung.

Bestätigt fühlt sich Mundlos allerdings von der Einschätzung des Umweltministeriums hinsichtlich möglicher baulicher Veränderungen: „Generell lässt sich sagen, dass durch bauliche Maßnahmen eine Optimierung des Schutzes der Bevölkerung vor ionisierender Strahlung erreicht werden kann.“ Dies belege deutlich, dass eine Blockadetaktik, wie sie derzeit von Hardlinern der Bürgerinitiative BISS unter Beteiligung von Grünen und SPD im Bezirksrat betrieben wird, dem eigentlichen Anliegen aller politischen Kräfte, nämlich dem Schutz der Bevölkerung und der Beschäftigten ein Bärendienst erwiesen wird, betonte die Abgeordnete.

„Wie das Ministerium erwarte ich deshalb, dass das Verfahren zügig, sachkundig, rechtskonform und transparent verlaufen muss – ideologisch motivierte Blockaden und Verzögerungen schaden allen Beteiligten“, erklärte Mundlos abschließend.